

Arbeitsrecht

(Nr. 61/2005)

Versteuerung des geldwerten Vorteils – private Nutzung eines Dienstfahrzeugs – arbeitsrechtlicher Gleichbehand- lungsgrundsatz im Konzern

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Schleswig-Holstein entschied:

1.

Ohne ausdrückliche Vereinbarung hat der Arbeitnehmer keinen Anspruch darauf, dass der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer die Versteuerung des geldwerten Vorteils für die private Nutzung eines Dienstfahrzeugs übernimmt und den 15%igen Pauschsteuersatz gem. §§ 40 Abs. 2 Satz 2, 40 Abs. 3 Satz 1 Einkommensteuergesetz (EStG) an das Finanzamt abführt.

2.

Der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebe eines Unternehmens, nicht indessen unternehmensübergreifend auf mehrere selbständige Unternehmen eines Konzerns.

Urteil des LAG Schleswig-Holstein vom 20. April 2004
Aktenzeichen: 5 Sa 8/04

Veröffentlicht: NZA - RR 2/2005 vom 02. Februar 2005
12.02.2005